Beschlussvorlage Samtgemeinde	Vorlage Nr.: 3830/2024			
Änderung der Kindertagesstätten-Benutzungssatzung				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Ausschuss für Bildung und Kultur	20.02.2024	öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeindeausschuss	12.03.2024	nicht öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeinderat	12.03.2024	öffentlich	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Die 1. Änderungssatzung zur Satzung der Samtgemeinde Bersenbrück für die Benutzung der kommunalen Tageseinrichtungen für Kinder wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Sachverhalt:

Die Benutzungssatzung für die kommunalen Tageseinrichtungen für Kinder wurde im Jahr 2018 vom Samtgemeinderat beschlossen und ersetzte die Satzung aus dem Jahr 2009. Die seit 2018 eingetretenen Änderungen und Entwicklungen sollen nun in einer Änderungssatzung festgehalten werden.

In § 2 Abs. 2 soll die Ergänzung aufgenommen werden, dass ein Anspruch auf Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung lediglich innerhalb der Samtgemeinde besteht und somit nicht innerhalb des jeweiligen Wohnortes. Aufgrund steigender Anmeldezahlen in den vergangenen Jahren kann nicht in jedem Fall gewährleistet werden, dass alle Kinder in dem jeweiligen Wohnort einen Platz in einer Kindertageseinrichtung bekommen. Den Eltern ist ein Anfahrtsweg von bis zu 30 Minuten zuzumuten, so dass die Kinder in einer Tageseinrichtung einer anderen Mitgliedsgemeinde angemeldet werden können.

Außerdem wurden neue Aufnahmekriterien entwickelt für den Fall, dass die Anmeldezahlen die zur Verfügung stehenden Plätze in der/den Tageseinrichtung/en der Mitgliedsgemeinde übersteigen. Die Kriterien, die künftig über ein Punktesystem Anwendung finden, sollen Bestandteil der Satzung werden. Sie sind dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt. Die bisher geltenden Kriterien sind nicht mehr zeitgemäß und nicht praktikabel. Einzelne Kriterien (z.B. die Erwerbstätigkeit) sollen zukünftig von den Eltern nachgewiesen werden, um eine gerechte Vergabe der Plätze zu gewährleisten. Die Punktevergabe pro Kriterium wurde verwaltungsseitig festgelegt und soll ausschließlich von dort berechnet werden.

Gem. der geplanten Änderung in § 7 Abs. 1 f) der Satzung soll künftig der

Ausschluss von Kindern vom Besuch der Tageseinrichtung möglich sein, wenn deren Erziehungsberechtigte die Hausordnung nicht einhalten oder wenn eine Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Kita und Erziehungsberechtigten vorliegt.

Ferner soll in § 9 Abs. 1 der Satzung die Regelung aufgenommen werden, dass neben der Abmeldung des Kindes von der Tageseinrichtung auch die Abmeldung von einzelnen Randbetreuungszeiten schriftlich bei der Samtgemeinde Bersenbrück erfolgen muss. In beiden Fällen ist grundsätzlich eine vierwöchige Frist zum 31.12. oder 31.07. des Jahres einzuhalten. Da jede Änderung von Betreuungs- und Randbetreuungszeiten Veränderungen hinsichtlich Personalplanung und -stunden nach sich zieht, soll durch diese Änderung eine bessere Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Mitarbeitenden in den Kitas sowie für die Erziehungsberechtigten gewährleistet werden.

Darüber hinaus soll in § 9 Abs. 1 der Satzung dahingehend ergänzt werden, dass auch für die Abmeldung der Schulanfänger eine vierwöchige Frist zum 31.07. des Jahres einzuhalten ist.

Die aktuelle Lesefassung der Kindertagestätten-Benutzungssatzung ist als Anlage beigefügt. Zudem ist eine Entwurfsfassung der 1. Änderungssatzung mit gelb markierten Änderungen gegenüber der Lesefassung beigefügt.

Die Änderungssatzung soll zum 01.08.2024 in Kraft treten.

1. Finanzielle Auswirkungen

- Nein
 Ja

a) Gesamtkosten der Maßnahme: €

b) davon für den laufenden Haushalt vorgesehen: €

Betroffener Haushaltsbereich

- Ergebnishaushalt** **Finanzhaushalt/Investitionsprogramm**

Produktnummer/Projektnummer

Bezeichnung:

- Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr zur Verfügung.
 Den erforderlichen Mitteln stehen Einzahlungen/Erlöse zur Deckung gegenüber in Höhe von €
 Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr **nicht** zur Verfügung und müssen außer-/überplanmäßig bereitgestellt werden (Ausführungen zur Deckung sind der Begründung zu entnehmen).

c) Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung:

- Der Betrag ist jährlich wiederkehrend einzuplanen.
 Die Gesamtkosten von € beziehen sich auf die Jahre
 Es entstehen jährliche Folgekosten in Höhe von €
 Durch die Maßnahme werden jährliche Erträge erwartet in Höhe von €.

2. Klima- und nachhaltigkeitsrelevante Auswirkung

	Ziel	fördernd	kein Effekt	hemmend	Kurzbegründung/Anmerkungen
1	Keine Armut und kein Hunger (SDG 1 + 2)				
2	Gleichstellungspolitische Auswirkungen (SDG 5), Hochwertige Bildung für alle (SDG 4)				
3	Energie und Klimaschutz (SDG 7 + 13)				
4	Arbeit, Wirtschaft, Industrie und Infrastruktur (SDG 8 + 9)				
5	Nachhaltiger Konsum und Produktion, Gesundes Leben (SDG 12 + 3)				
6	Sauberes Wasser, Leben an Land (SDG 6 + 15)				
7	Nachhaltige Gemeinden, leistungsstarke Kommune, (SDG 11 + 16)				
8	Weniger Ungleichheiten, Kommunale Partnerschaften (SDG 10 + 17)				

Beteiligte Stellen:

Erster Samtgemeinderat
Samtgemeindebürgermeister

gez. M. Wernke
Samtgemeindebürgermeister

gez. B. Hedemann
Fachdienstleiterin V